Lesen Sie ...

DIE WELT

Nr. 1 der Qualitätszeitungen
... auch im Web!
welt.de/digital

LESER-SERVICE 0800/935 85 37 | DONNERSTAG, 14. NOVEMBER 2013 | D 2,10 EURO | B**

Zippert zappt

Union und SPD verstehen sich nicht mehr. Nach einer sechswöchigen Verlobungszeit ist das Verhältnis ziemlich zerrüttet. Die SPD möchte eigentlich nur ein bisschen rumblödeln, aber die CDU ist plötzlich ein richtiger Spielverderber und macht nicht mehr mit bei so lustigen Sachen wie Blindekuh-Volksabstimmung oder Mindestlohn für Topfschlagen. Dass CDU-Mitglieder Kinder von schwulen SPD-Wählern adoptieren, will die Union auch nicht. Dafür findet die SPD die Maut total doof. Die Stimmung ist echt mies. Jetzt rächt sich, dass Mutti nie eigene Kinder hatte, sie kriegt die Rasselbande nicht mehr in den Griff. Was tun? Stubenarrest und keinen Pudding zum Nachtisch? Nein, als Erstes muss ein Mediation-Ausschuss gegründet werden und eine Traumabewältigungsarbeitsgruppe. Dann fühlen sich alle schon mal etwas besser. Ronald Pofalla könnte sich verkleiden und die Politiker als Koalitionsclown ein wenig aufheitern; wer will, darf ihm sogar eine Sahnetorte ins Gesicht werfen. Außerdem soll in allen Arbeitsgruppen schon ab 10.30 Uhr Alkohol ausgeschenkt werden.

THEMEN

Magazin
James Bond, die Liebe und die Uhren
Beilage

Politik
SPD möchte keine Koalition mehr ausschließen
Kommentar Seite 3 und Seite 5

Sport
Tischtennis-Star Timo Boll will Chinesen angreifen
Seite 21

Aus aller Welt
Lohnt es, sich für Isabel Marant ins Getümmel zu stürzen?
Seite 28

Dax
Im Minus
Seite 17

DAX	EURO	DOW
Xetra-Schluss	EZB-Kurs	17.45 Uhr
9054,83 Punkte	1,3415 US-$	15.698,49 Punkte
–0,24%	–0,13%	–0,33%

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/welt

Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/welt

welt.de, mobil.welt.de
E-Mail: redaktion@welt.de
Digitale Angebote:
Tel. +4930 / 58 58 53 83
E-Mail: digital@welt.de
Kostenloses Probeabo:
Tel. 0800 / 935 85 37 Fax 0800 / 935 87 37

REUTERS/ASMAA WAGUIH

Afghanistans Gold

Ein afghanischer Junge steht in einem Mohnfeld. Vielleicht spielt er dort, vielleicht hat ihn seine Familie zur Arbeit hingeschickt. Die Ernte ist arbeitsintensiv und mühsam. Alles hat nichts genutzt. Nicht der Krieg, nicht die Versuche internationaler Aufbauhelfer, die Bauern zu einem Umdenken zu bewegen. Stattdessen sind die Anbauflächen noch in den letzten Jahren gewachsen. In den ländlichen Regionen gibt es kaum Jobs, viele Bauern sehen im Mohnanbau die einzige Möglichkeit, ihre Familie zu ernähren. **Seite 7**

EU stößt sich an der deutschen Exportstärke

Kritik an jahrelangem Überschuss: Brüssel untersucht, ob die gewaltigen Ausfuhren den EU-Nachbarn Probleme bereiten

FLORIAN EDER

Die EU-Kommission verstärkt den seit Wochen lauter werdenden Chor der Kritiker deutscher Exportstärke. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte an, seine Behörde werde die Auswirkungen des deutschen Ausfuhrüberschusses auf die europäische Wirtschaft überprüfen. Kommt sie zu dem Schluss, dass die gewaltigen Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft ein erhebliches Ungleichgewicht bedeuten und damit ein Problem für die ganze EU sind, dann droht ein formelles Verfahren. Die Kommission werde untersuchen, ob Deutschland mehr tun könne, um die Kluft zwischen starken und schwachen EU-Ländern zu verkleinern, sagte Barroso.

In Deutschland stieß die Ankündigung auf heftige Kritik. Die Exportstärke sei „ein Eckpfeiler unseres Wohlstandes“, erklärte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. „Man kann Europa nicht stärken, indem man Deutschland schwächt“, sagte sein CSU-Kollege Alexander Dobrindt. „Keinen Handlungsbedarf“ stellte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles fest. Der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie und damit Vertreter einer großen Exportbranche, Matthias Wissmann, verwahrte sich gegen die Brüsseler Kritik. „Der Exportüberschuss ist kein Ergebnis politischer Markteingriffe, sondern das Ergebnis einer Wettbewerbsfähigkeit, die sich die deutschen Unternehmen Tag für Tag neu erarbeiten“, sagte er.

Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Waren im Wert von knapp 1,1 Billionen Euro, eingeführt wurden nur Güter im Wert von 906 Milliarden Euro. Der Überschuss in der Leistungsbilanz, der sich daraus ergibt, belegt die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt, und doch verstößt Deutschland damit gleichzeitig gegen EU-Regeln. Diese sehen vor, dass der Exportüberschuss im Durchschnitt von drei Jahren nicht über sechs Prozent der Wirtschaftsleistung liegen darf. Deutschlands Plus liegt jedoch schon seit sechs Jahren über diesem Wert. Die EU-Kommission geht davon aus, dass das bis 2015 so bleibt.

Die Regeln gibt es seit zwei Jahren, die Kommission leitet nun zum ersten Mal eine Überprüfung der deutschen Bilanz ein. Damals, auf dem Höhepunkt der Euro-Krise, stimmte auch die Bundesregierung der Gesetzgebung zu, die sie nun an den Pranger bringt. Sinn und Zweck der Maßnahmen ist es, das Auseinanderdriften der EU-Volkswirtschaften zu bremsen und die Währungsunion auch als einheitlicheren Wirtschaftsraum zu präsentieren, als es heute der Fall ist. Insgesamt mahnte die Kommission 16 EU-Länder ab – die meisten allerdings aus dem entgegengesetzten Grund: Sie exportieren zu wenig und sollen ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, um das zu ändern.

Siehe Kommentar und Seite 10

LOHNUNTERSCHIEDE WERDEN KLEINER

Deutschland gehört zu einer Gruppe von EU-Ländern, in denen die Einkommensungleichheit in den letzten fünf Jahren kleiner geworden ist. Das ergab eine neue EU-Studie. Demnach verdiente das reichste Fünftel der Bundesbürger im Jahr 2012 gut viermal so viel wie das ärmste Fünftel. Im Jahr 2008 war es noch fünfmal so viel. Ähnliche Entwicklungen gibt es in den Niederlanden, Malta, Litauen und Großbritannien. Den umgekehrten Weg nehmen Spanien, Griechenland, Italien und Ungarn.
Seite 9

Lage auf den Philippinen chaotisch

Hungernde Taifun-Opfer plündern Lagerhaus

MANILA – Nach dem Taifun „Haiyan“ treffen auf den Philippinen umfangreiche Hilfslieferungen aus aller Welt ein. Ein Flugzeug mit 75 Tonnen Hilfsgütern startete von Berlin aus. An Bord der Maschine waren Zelte, Kochsets, Hygieneartikel und Plastikplanen. Schlechtes Wetter und unpassierbare Straßen erschwerten allerdings die Verteilung der Güter. Das DRK plant noch weitere Hilfsflüge in das Katastrophengebiet. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sicherte dem philippinischen Präsidenten Benigno Aquino telefonisch die deutsche Unterstützung zu: „Die Philippinen können in dieser schweren Zeit auf die Hilfe Deutschlands zählen.“

Im verwüsteten Land schlägt die Ohnmacht der hungernden Taifun-Opfer in Chaos um. Auf der besonders betroffenen Insel Leyte stürmten Tausende ein Depot mit Reissäcken. Dabei stürzte eine Wand des Gebäudes ein und erschlug acht Menschen. In der zerstörten Stadt Tacloban auf Leyte versuchen inzwischen Soldaten, für Ordnung zu sorgen.
Seite 27

Für 650.000 Euro wird jeder Malteser

EU-Land verkauft Staatsangehörigkeiten

VALETTA – Reiche Ausländer aus Nicht-EU-Ländern sollen die maltesische Staatsangehörigkeit für 650.000 Euro kaufen können. Das sieht das neue Staatsangehörigkeitsrecht im kleinsten EU-Mitgliedsland vor, das vom maltesischen Parlament genehmigt wurde und nun noch vom Präsidenten unterschrieben werden muss. Ehegatten und Kinder unter 18 Jahren sollen für 25.000 Euro ebenfalls einen Pass bekommen, sofern sie eine Überprüfung durchlaufen.

Die Pläne stoßen in Deutschland auf scharfe Kritik. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende im Bundestag, Günter Krings, forderte Konsequenzen. „Mir ist schleierhaft, wie man als EU-Staat auf eine solche Idee kommen kann. Wir sollten dies gegenüber Malta in geeigneter Form zum Thema machen“, sagte der CDU-Politiker der „Welt“. „Die nationale Staatsbürgerschaft ist untrennbar mit der Unionsbürgerschaft verbunden. Diese darf aber nicht zur käuflichen Ware werden.“
Seite 6

KOMMENTAR
FLORIAN EDER

Gefährliche Neidfalle

Es ist schon für Ökonomen schwierig, nicht in die Neidfalle zu tappen: Die Kritik am Exportüberschuss der Bundesrepublik kann nur zu leicht so verstanden werden, als gönne man den Deutschen den Erfolg nicht, der sich in der Tradition einer Industrienation zuallererst in der Stärke der Ausfuhren misst. Gänzlich egoistisch scheint es in der Logik der Kritiker, dass die Deutschen den großen Kuchen, den der Weltmarkt darstellt, fast alleine naschen wollen. Die Argumentation der EU-Kommission ist dabei nicht einmal so platt wie die Kritik aus vielen Ländern Südeuropas, die einer Schwächung der Starken näher kommt als einer Stärkung der Schwachen. Gefährlich ist sie trotzdem, nicht nur aus ökonomischen, sondern aus politischen Gründen.

Die Kleinen und Zarten unter Europas Nationalökonomien sollen also auch etwas abbekommen von der Nachfrage in der Welt. Die Deutschen sollen sich zu diesem Zweck mäßigen. Diese Forderung bedeutet einmal, es nicht so ernst zu nehmen mit der Konsolidierung. Zweitens bedeutet sie: Die Deutschen sollen etwa für Lohnsteigerungen sorgen, damit die Nachfrage nach portugiesischen Schuhen und griechischem Wein wächst. Nebenbei schwächt Deutschland damit seine internationale Konkurrenzfähigkeit. Diese Botschaft ist falsch – an Deutschlands Adresse ebenso wie an die der Krisenländer, und es gibt kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt als heute, sie zu erheben.

Den Berliner Verhandlungsteilnehmern um die Gründung einer großen Koalition muss solche Flöhe niemand ins Ohr setzen. Sie zanken gerade wegen der Ziele und Wege, gelegentlich unter Aufbietung bemerkenswerter schauspielerischer Leistungen. Doch sind sie schon einig über alle möglichen Wohltaten. Über die raschere Konsolidierung der Haushalte von Staat und Sozialkassen dringt hingegen nicht viel nach draußen, von Plänen zu einer Senkung der Belastungen überhaupt nichts. Die berechtigten unter den Hinweisen der Kommission aber dringen in diesem Klima nicht durch: Der deutschen Wirtschaft mangelt es etwa an Investitionen, ein potenziell gefährlicher Schwachpunkt.

Schon gar nicht sollte die EU-Kommission den Südländern einen politischen Gefallen tun, indem sie den deutschen Exportüberschuss als ebenso korrekturbedürftig bewertet wie die chronischen Defizite der Krisenländer. Sie haben unbedingten Nachholbedarf, ihre Unternehmen müssen konkurrenzfähiger werden, wenn sie auf dem Weltmarkt mitspielen wollen. Wer ihnen die Gelegenheit serviert, mit dem Finger auf Deutschland zu zeigen und so lange die eigenen Reformbemühungen einzustellen, der macht es ihnen viel zu leicht.

florian.eder@welt.de

Sport kann süchtig machen

Wenn aus dem Spaß ein Zwang wird, muss der Therapeut helfen

Sport? Heute? Laufen bei dem Regen? Viele Hobbysportler müssen täglich den inneren Schweinehund überwinden. Aber es gibt auch das Gegenteil. Menschen, die ohne Sport nicht mehr leben können. „Wenn jemand einen so zwanghaften Drang verspürt, Sport zu treiben, dass der Verzicht auf seine gewohnte Dosis ihn psychisch oder sogar körperlich leiden lässt, ist das nicht normal“, sagt Jens Kleinert, Professor für Sport- und Gesundheitspsychologie an der Deutschen Sporthochschule Köln. „Man kann da schon von Suchtverhalten sprechen.“

Sportsucht gehört zu den Verhaltenssüchten. Sie ist allerdings ebenso wenig in psychologischen Diagnosehandbüchern zu finden wie andere Vertreter dieser Gruppe – Shopping- oder Sexsucht etwa. „Ausgehend von einer Studie, würde ich sagen, dass die Krankheitshäufigkeit unter den intensiv Sporttreibenden bei ein bis drei Prozent liegt“, sagt Professor Oliver Stoll von der Universität Halle-Wittenberg. In der Studie wurden mehr als 1000 Frauen und Männer, die einen Ausdauersport betreiben, befragt. Etwa jeder 20. zeigte Anzeichen einer Sportsucht oder Sportsuchtgefährdung. Weitere Risikogruppen seien Kraftsportler, von denen einige muskelsüchtig werden, und Extremsportler, die von einem Adrenalinkick zum nächsten jagen.

Einen Sportsüchtigen erkennt man daran, dass Sport nicht nur Teil seines Lebens ist, sondern es bestimmt. Er trainiere nicht, weil er Lust darauf habe, sondern einen unkontrollierbaren Drang dazu verspüre, erklärt Professor Thomas Schack, Vizepräsident der Internationalen Gesellschaft für Sportpsychologie. Die hohe körperliche Belastung kann das Immunsystem schwächen, Herz-Kreislauf-Probleme und einen Verschleiß von Gelenken, Knochen und Sehnen nach sich ziehen.

Damit es nicht so weit kommt, sollten Sportler ihr Trainingsverhalten hinterfragen, sobald sich Warnzeichen bemerkbar machen. Professor Schack: „Wenn die Grenze von Sportleidenschaft zu Sportsucht überschritten ist, heißt es, einen Therapeuten zurate zu ziehen.“

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. **Redaktion: Tel.** 030/25910, Fax 030/259171606, **E-Mail:** redaktion@welt.de; **Anzeigen:** 030/585890, **Fax** 030/585891, **E-Mail** anzeigen@welt.de
Leserservice: DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin, **Tel.** 0800/9 35 85 37, **Fax** 0800/9 35 87 37, **E-Mail** leser@welt.de

A 2,90 € / B 2,90 € / CH 4,80 CHF / CZ 95 CZK / CY 3,40 € / DK 25 DKR / I.C. 3,20 € / F 3,20 € / FIN 3,20 € / GB 2,90 GBP / GR 3,00 € / H 820 FT / I 3,20 € / IRL 3,20 € / KRO 28 KN / L 2,90 € / MLT 3,20 € / N 38 NOK / NL 2,90 € / E/P 2,90 € (Cont.) / PL 14 PLN / S 42 SEK / SK 3,20 € / SLO 2,80 €

ISSN 0173-8437 266-46 ZKZ 7109

ANZEIGE

Müssen Sie Ihre Blutzuckerkontrolle selbst zahlen?

Mit TESTAmed® GlucoCheck ADVANCE kostet 1 Messung weniger als 40 Cent!

- innovative Technologie
- günstiger Teststreifenpreis

TESTA med® DIABETES CARE

In Apotheken und dm Drogeriemärkten • Weitere Infos unter www.testamed.de
Die kostenlose Hotline: 0800-8736311 • Wir beantworten gerne Ihre Fragen

© Alle Rechte vorbehalten - Axel Springer AG, Berlin - Jede Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über http://www.as-infopool.de/lizenzierung/ipe_lizenzierung_1746131.html DIE WELT HAMBURG-2013-11-14-ip-7 5f933529dd997e4a8bc6332abdff707e